

Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei...
einmonatlich 1 M., ohne Beförderungs-
postausgaben angeschlossen.

Nr. 2882 des amtl. Zeit.-Verz.

Verbindungs- und Anzeigen-Vertrag mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u. a.
Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

Ziebnundzwanzigster Jahrgang.

worben die Spalte oder deren Raum
mit 50 Pfg., folche auch mit 10
Pfg. berechnet und in der Expedition
von unsern Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.

Erscheint zweimal täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und Feiertage.

Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.

Politische Uebersicht.

Man hatte der Rückkehr des Kaisers ursprünglich schon
für den 2. Mai entgegengesehen. Die ersten Reichstags-
situationen waren in diesem Sinne getroffen. Erst später tauchte der
Gedanke auf, auf der Rückkehr über die Schweiz noch
Aufsicht auf Karlsruhe und demnachst in Schwab bei dem
Großen Grotz zu nehmen. Jetzt hat der offizielle Draht in
einer etwas sensationellen Fassung in alle Richtungen der
Wahlkreise hinaus gemeldet, daß der Kaiser seinen Aufenthalt in
Karlsruhe abfürze und die Reise nach Schwab mit
Rückblick auf den Ernst der Lage und die folgenschweren
Beschlüsse, die im Reichstage zu erwarten stehen. Wäre nicht
unabdrücklich von den folgenschweren Beschlüssen des Reichs-
tages die Rede, so hätte die Nachricht allein schon eine ge-
wisse Verunsicherung erzeugen können; denn man hätte auf
die Vermuthung verfallen dürfen, daß sich irgendwie die
Verhinderung zum Auslande bedrohlich gestaltet haben. Als im
Jahre 1870 der deutsche Kaiser in Güns weilt, da kehrt er
mit Rückblick auf den Ernst der Lage nach Berlin zurück,
als der Krieg mit Frankreich drohte. So ebenfalls stehen
die Dinge heute glücklicherweise nicht. Und selbst die innere
Lage wird nicht allzu ernst ausfallen können, um schon
mit einem Konflikt zu rechnen. Wir haben schließlich keinen
Anlaß zu der Meinung - namentlich nach den gestern statt-
gehabten Vorgängen nicht, die im Leitartikel des Morgen-
blattes näher besprochen sind - zu der Meinung nämlich,
daß der Herrscher mit seiner Person in den Streit
um die Militärvorlage eingreifen werde. Gerade es,
und zwar hinsichtlich eines Theiles des Centrums mit
Erfolg, so hätte man vermuthet auf den baldigen Zerfall
dieser Fraktion zu rechnen. Inzwischen glauben Keiner der
Verhältnisse daß diejenigen Abgeordneten, die allenfalls aus Rück-
sicht auf die Krone ihre Aufnahmen aufgeben möchten, auch
obwohl in entscheidenden Augenblicke dem Reichstanzler zur
Verfügung stehen. Eine andere Meinung, die in parlamen-
tarischen Kreisen umgeht, geht davon aus, daß der Kaiser
größere Zugeständnisse machen und größere Schritte an der
Vorlage zulassen werde als bisher Graf Caprivi. Wenn dem
so wäre, so könnte man das bisherige Verhalten des Reichs-
kanzlers allerdings nur belagern. Denn er hätte dann ohne
jede Noth den Ernst der Lage verfehlt. Graf Caprivi hat
sich sowohl durch seine Reden wie durch die in seinem Auf-
trage erfolgten Auslassungen in der Presse zu sehr gebunden,
um nicht durch weitere wesentliche Konzeptionen seine Stellung
zu erschüttern. Deshalb will uns jene Erklärung nicht recht
plausibel erscheinen; denn eigentlich müßte, falls sie zutreffend
wäre, daraus der abschlägige Mißtritt des Grafen Caprivi
folgen. Aber er läßt sich annehmen, daß angesichts der für
die Militärvorlage immer noch möglichen unglücklichen Ent-
scheidung des Reichstages eine schon der Wahlbewegung den
Stempel aufdrückende Kundgebung seitens des Kaisers und der
verbündeten Regierungen erfolgen solle. Dieser ist eine solche
Erklärung offenbar nicht vereinbart worden; denn noch jüngst
hat man seitens einzelner Bundesregierungen mitgetheilt, daß
eine förmliche Aeußerung über die Auflösung des Reichstages
ihrerorts noch nicht erfolgt sei. Es ist nicht unmöglich, daß
der Kaiser selbst auf die Fassung einer etwaigen Vorlesung
oder Rede, mit der der Reichstag aufgelöst werden sollte, per-
sönlichen Einfluß nehmen will, und daß es dazu einer vor-
zeitigen Rückkehr nach Berlin bedürfte. Vorläufig erwartet man,
daß die maßgebende Abstimmung im Reichstage schon am
Sonnabend, spätestens aber am nächsten Dienstag erfolgen
werde.

Die Verhandlungen, welche Frhr. v. Ruene mit dem Grafen
Caprivi gepflogen hat und die zu dem im heutigen Morgen-
blatt schon näher gekennzeichneten Kompromiß geführt haben,
finden den Beifall der Centrumpresse bis jetzt nicht; beschränkt
man doch, daß mit einer Abschweifung einzelner Abgeordneter
der feste Thurm des Centrums noch weiter ins Wanken ge-
rathen möchte. So richtet die „Kön. Weltztg.“ angesichts
der Mittheilungen und Andeutungen über den Kompromiß die
dringende Mahnung an die Fraktion, an der in der ersten
Sitzung erklärten Stellungnahme festzuhalten:

„Näme die Militärvorlage durch Abpflitterung oder Ent-
haltung eines Theiles der Centrumsfraktion noch jetzt zustande,
so würde das, was die Dinge sich entwickelt haben, von den
verhängnisvollsten Folgen sein.“

Die „Germ.“ schreibt sich noch aus; sie verzeichnet nur die
einzelnen Vorträge, die die Reichsregierung noch vor der Auf-
lösung des Reichstages erledigt zu sehen wünscht. - Nach
Frankf. Telegramm-Bureau verlautet aus angeblich zuverlässiger
Quelle, daß der freisinnige Abgeordnete Hunge am Sonntag
eine Aeußerung beim Reichstags-Abgeordneten Grafen Caprivi
gehabt und bei dieser Gelegenheit erklärt haben soll, wanzig Abgeordnete
der freisinnigen Fraktion würden für den Antrag des Frei-
herrn v. Ruene in der Militärvorlage stimmen. Inwieweit
finden wir diese Nachricht nicht bestätigt, und wir geben sie
daher nur mit Vorbehalt wieder.

Eine Erweiterung ihrer Disciplinarbefugnisse
haben, wie bekannt, i. Z. die Vezteklammern in Anregung
gebracht; in den Vezteklammern und in den ärztlichen Kreisen
machten sich hierüber verschiedene Auffassungen und Wünsche
geltend. Die Vezteklammern knüpfen daran, daß die Forderung,
ihre Disciplinarbefugnisse zu erweitern, an die Verbindung, daß
die Kantarinen und die Militärärzte der disciplinären Rechts-
sprechung haben sollten unterworfen werden sollten. Diese Ver-
bindung haben sowohl der Kriegsminister als auch der Minister
der Medizinangelegenheiten für unerfüllbar erklärt. In einer
Anschauung auf die Vorkände der Vezteklammern äußert Staats-
minister Dr. Boffe sich hierüber:

„Es muß in Uebereinstimmung mit dem Herrn Kriegs-

minister eine Abänderung des § 5 Abs. 3 der Verordnung vom
25. Mai 1887 (Ausnahmebestimmungen für Militär und beamtete
Vezte) überhaupt für unzulässig erachtet und würde mich zu
meinen Vezteklammern genügt, setzen, auf eine Erleichterung zu
verzichten, welche den Vezteklammern an sich erwünscht ist und
auch meiner Ansicht nach sowohl im Interesse des ärztlichen
Standes als der Medizinabvervollung läge. Es wird daher
der weiteren Erwägung der Vezteklammern überlassen bleiben
müssen, ob die ihnen unter diesen Umständen auf eine weitere
Erweiterung der Vezteklammern durch die Verordnung
vom 25. Mai 1887 erteilten Disciplinarbefugnisse glauben ver-
zichten zu müssen, oder ob sie diese Vezteklammern weiter
ohne eine Abänderung der Bestimmung in § 5 Abs. 3 dieser
Verordnung für erträglich erachten. Im letzten Falle würde
ich geneigt sein, den Vezteklammern und deren
Anschauung im Uebigen näher zu treten.“

Die Verhandlungen der Petitions-Kommission des Reichstages
über die Petitionen gegen den deutsch-russischen Handels-
vertrag haben durch die schon gestern von uns erwähnten
ausführlichen Darlegungen, welche bei diesem Anlaß der Ver-
treter der Reichsregierung, der Wirkliche Geheim- Ober-
Regierungsrat v. Huber, über die Deutsche Handelsvertrags-
politik im allgemeinen und über eine Reihe von Einzelheiten
der bereits abgeschlossenen Verträge gemacht hat, ein hervor-
ragendes Interesse gewonnen. Außer dem hand zahlreicher hoch-
achtlicher Mittheilungen hat Herr von Huber nachgewiesen, daß
die Reichsregierung bei den Vertragsverhandlungen weder die
Interessen der deutschen Landwirtschaft noch die Interessen der
deutschen Industrie unberücksichtigt gelassen habe. Aber nicht
nur um ihres sachlichen Inhalts willen sind seine Ausführungen
bemerkenswert. Da sie sicherlich nicht ohne andrücklichste Zu-
stimmung des Reiches der deutschen Handelspolitik gemacht
worden sind, so thun sie gleichzeitig dar, daß die Reichsregierung
sich von dem Streben, ihr friedliches handelspolitisches Ver-
halten durch einen Handelsvertrag mit Rußland zu krönen, auch durch
die neuesten agrarischen Untritte nicht abbringen lassen will.
Die Petitionskommission war in der betr. Sitzung nur sehr
schwach besetzt, von den 28 Mitgliedern waren nur 16 an-
wesend. Nach Schluß der Beratung wurde zunächst ein von
agrarischer Seite gestellter Antrag, die Petitionen gegen den
deutsch-russischen Handelsvertrag dem Reichstanzler zur
Berücksichtigung zu überweisen, freilich nur mit Stimmengleichheit,
8 gegen 8, abgelehnt. Die Kommission beschloß alsdann ein-
stimmig, dem Reichstagsvorsitzenden, alle Petitionen für und
gegen den Vertrag, dem Reichstanzler zur Kenntnismahme zu
überweisen. Die Kommission hat also abgelehnt, zur Frage
des deutsch-russischen Handelsvertrages eine bestimmte Stellung
zu nehmen, und sich mit einer formellen Erklärung begnügt, die
den Petitionen, der insofern eine Bedeutung hat, als
über die Stellung der Reichsregierung in dieser Frage, grade
nach den Darlegungen des Herrn von Huber, kein Zweifel
bestehen kann.

In italienischen Hofkreisen hat es, wie der „Kreuzztg.“ aus
Rom berichtet wird, gelinde gesagt, Verwundern erregt, daß
der Präsident der französischen Republik, Hr. Carnot, sich
bei der Feier der silbernen Hochzeit des italienischen Königs-
paares durch keinen Specialgesandten vertreten ließ. Man
wird dies darauf zurückführen, daß König Humbert in den
französischen Kreisen als persönlich der Republik nicht freund-
lich gesinnt gelte. Es möge ununterzucht bleiben, ob es richtig
sei, dem Könige unfreundliche Gesinnungen gegen Frankreich
zuzuschreiben. Sollte dies aber seine Richtigkeit haben, so
würde die Unterlassung einer von den meisten Staaten
beobachteten Höflichkeit wohl kaum dazu beitragen, dem Könige
größere Sympathien für die französische Staatspolitik ein-
zujubeln. Daß König Humbert Frankreich nicht gesinnt sei, ist
jedoch unrichtig. Nur muß man einen Unterschied zwischen
freundlicher Gesinnung für Frankreich und der für das
republikanische System machen. Wenn König Humbert auf
gelegteres nicht besonders gut zu sprechen sein sollte, so wäre
dies nach der Art, wie von französischer Seite die Wählerlein
in Italien zu dem Zwecke betrieben werden, antipathische
und republikanische Tendenzen zu verbreiten, nicht zu ver-
wundern.

Gestern hat die feierliche Eröffnung der Weltausstellung
in Chicago stattgefunden. Die Ausst. von Chicago ist zum
Ausstellungsorte mehr als eine noch erogene hegen
geworden. In dem die in das Innere verlegt wurde, kam
die Hauptsache zur Geltung, daß die Staaten der Union längst
aufgehört haben, einen mehr oder weniger breiten Küstenarm
am Atlantischen oder Stillen Ozean zu bilden, daß vielmehr
das ganze ungeheure Gebiet in die Kulturarbeit einbezogen
und dem Verkehr in der großartigen Weise erschlossen
ist. Chicago selbst ist außerdem durch seine Geographie so recht
ein Beispiel der mannaufstamm hofenden Entwicklung des
amerikanischen Lebens. 1830 war Chicago noch eine An-
siedlung von wenig mehr als einem Duzend Häuser, und
heute breitet die Stadt sich weithin, eine der stolze Städte
der Vereinigten Staaten. Selbstverständlich spiegeln sich die
natürlichen Bedingungen des Landes auch in der Entwicklung
und der Art ihrer Einwohner wieder; der amerikanische
Geschmack neigt zum Großen, Massigen, wohl auch in der
Gestalt des Großes, und diesen Charakter zeigt auch der
amerikanische Theil der Ausstellung, zeigen auch die für den
Verkehr, für die Unterhaltung und Ernährung der aus allen
Welttheilen zusammenströmenden Gäste getroffenen Ver-
anstaltungen. Das jedoch am Jantee, am Nordamerikaner
überhaupt mit Recht bewundert wird, ist sein rostloser, starrer
Unternehmensgeist, sein Ueberallhergehendes schaffender Patent-
drang; aber die Voraussetzung, auf Grund deren jene
Erfolge allein denkbar sind, die Erzeugnisse
der Wissenschaft, sie sind nicht nur ein Erbtheil,
welches der Nordamerikaner aus der alten Welt

überkommen hat, sie stellen eine geistige Zukunft dar, deren
er auch heute noch nicht entbehren kann, und bei näherer
Betrachtung der ausgefallenen Erzeugnisse werden sich auch die
Amerikaner überzeugen können, daß das alte Europa doch
noch nicht so altersschwach geworden ist, wie sie sich wohl
gerne einreden, daß sie auch im Schaffen noch an ihm lernen
können. In dieser Hinsicht hat ja auch schon die Wrlung des
Mc Kinley-Tarifes vorhandene Vorkämpfer zerstreuen müssen.
In überquellendem Kraftgefühl glaubte die in der Wacht
besinnliche republikanische Partei der Vereinigten Staaten als
eine Welt für sich auf eigene Füße stellen und von dem Fleck
der bewohnten Erde industriell und gewerblich abschließen zu
können. Die Täuschung, welche hierin lag, hat sie ihre Wacht-
stellung gelöst. In einem so ungeheuren Konsumtionsgebiet
äußert eine Maßregel wie die eröfnete ihre Wirkungen auf
Konsumenten und Produzenten auch in viel großartigerem
Maßstabe als auf beschränkteren Gebiete. Der Mc Kinley-
Tarif war gewiß eine eigentümliche Einleitung zu der Ein-
ladung an alle Kulturvölker, die Auslieferung in Chicago zu
besuchen, allein die Welle der Schutzpolitik erstreckte sich,
wie in früheren Zeiten andere Zeitbewegungen der alten Welt,
stetigstlich eben auch bis in die Vereinigten Staaten hinüber,
und die Anzeichen ihres Zurücktretens haben gewiß sehr viel
zum Gelingen der Auslieferung beigetragen.

Der alte Grenzreit zwischen Chile und Argentinien
beschäftigt bekanntlich wieder einmal sehr stark die öffentliche
Meinung auf beiden Seiten der Anden. Diese Frage schwebt
nur schon seit dreißig Jahren und hat die Bevölkerung beider
Staaten schon mehr als einmal benutzigt. Im Jahre 1876
beanspruchte die chilenische Regierung das ganze Gebiet von
Patagonien, vom Rio Negro im Norden bis zum Kap Horn
im Süden. Da Argentinien diesen übertriebener Ansprüche
keine Folge geben wollte, so begannen die chilenischen Kriegs-
schiffe eine Jagd auf Segelschiffe zu machen, die mit der Er-
laubnis der argentinischen Regierung die Guano-Inseln im
Atlantischen Ocean ausbeuteten, und der Krieg wäre un-
vermeidlich gewesen, wenn die Regierung der Vereinigten
Staaten von Amerika nicht vermittelt und Anlaß zu dem Ver-
trage von 1881 gegeben hätte. Dieser Vertrag bekennt als
Grenzschiede zwischen den beiden Staaten eine theoretische
Linie, die der Wasserscheide der Cordilleren folgt, d. h. die
sich längs der Spitze der Cordilleren hinzieht. Ein Blick auf
die Karte zeigt nun allem schon den Unterschied der beiden
Begriffe „Linie der hohen Spitze“ und „Linie der Wasserscheide.“
Die in den Anden entspringenden Flüsse laufen durcch und
auf beiden Seiten des Gebirges herab, und eine Wasserscheide
ist in den Anden sehr schwer oder gar nicht zu bestimmen.
Einen Begriff mit Anknüpfung des andern als Grenzlinie an-
zunehmen, würde die Streitfrage nicht lösen; denn die An-
nahme der sog. Wasserscheide als Grenzlinie würde Chile
Vorteile geben, die von jeder Argentinien gehörten. Ein neuer
Plan geht nun von der Regierung vorgelegt werden, über den
jedoch noch nichts Näheres bekannt ist.

Deutsches Reich.

In einer Entgegnung an die „Voll. Ztg.“ meldet die Souver.
Reichstz., der Reichst. Graf Sonnenschein sei gegen den
Willen der Ordenskonferenz mit Prof. Dornach in Ver-
bindung getreten.

Nach einer Meldung aus Wilhelmshafen haben die Kreuzer-
flotten „Alexandrie“ und „Afrika“ den Befehl erhalten,
nach Montevideo zu gehen. Die genannten Kriegsschiffe, die mit
der in die Heimath zurückbeorderten „Vergil“ und der nach Chile
abkommandirten „Wacht“, antworten das Kreuzergeschwader
bilden, lagen während der letzten Jahre in vor Kap Horn, und es
liegt nahe, ihre Entsendung an die sidamerikanischen Küste mit
den in Südbrasilien vorgekommenen Mißhandlungen Deutscher
in Zusammenhang zu bringen.

Halle und Umgegend.

Halle, 2. Mai.
Der Haushaltsplan des Parochial-Verbandes
der Stadtpfarre schließt in Einnahme und Ausgabe mit
60,822,34 M. ab. Die Ausgaben sind gegen das laufende Jahr
mit 2922,34 M. höher eingestellt. Der Haupttheil des Mehr
(2900 M.) ist bestimmt für die fruchtliche Verlegung der Johanns-
kirche (Organist, Kultus, Kirchenbänke, Wohnungsentgeltabgabe
des Prediger), für einen Organisten an der Stephanskirche, für
fruchtliche Dienstleistungen d. h. auf 1/2 Jahr. Im Uebrigen
sind an Ausgaben vorgesehen: Solgebühren-Einstückelung an
die fünf Parochial-Verbands-Gemeinden 23,766 M., Bewältig
zur Verlegung der St. Marien-Kirche der südlichen Kirchendiv. 1094 M.,
Beschaffung zur Verbesserung der bestgeeigneten Kirche 1070 M.,
Synodalhofen 1344 M., Beiträge zum landbesitzlichen Pensionen-
und Welfenfonds 15,986 M., Verwaltungskosten 2788 M.,
Zinsen für die im Gläubigeran aufzunehmenden Kapitalien 200 M.,
Zusammen 1262 M. Zur Deckung der Ausgaben in Höhe von
60,822,34 M. haben 9365,34 M. Einnahmen zur Verfügung.
Zur Kirchensteuer aufzunehmenden betrachten demnach 51,457 M.
Nach den finanziellen Verhältnissen des Jahres 1892/93
das Einkommensteuer-Eoll auf 938,378 M. Hierin sind ab-
zugewen rund 26 Proz. mit 248,278 M. als Steuerbetrag der-
jenigen Personen, die zur Parochial-Verbands-Kirchensteuer nicht
bezugsfähig sind. Als Grundlage für die Berechnung der
Umlage für 1893/94 verbleibt ein Eoll von 736,100 M. Bei
einem Bedarfe von 51,457 M. erhebt sich ein Prozentfuß
von 7 gegen 6 1/2 im Vorjahre.

Mit nächstem Sonntag kommt in der Marien-gemeinde
für die Sommermonate (Mai-Sept.) das St. Marien-
gottesdienst in Bezug. Es wird ein Kräftigkeits-
dienst um 8 Uhr gehalten. - In der St. Marien-gemeinde
wird vom nächsten Sonntag bis zum letzten Sonntag im Sept.
der Abendgottesdienst nicht mehr um 6 Uhr abends, son-
dern um 8 Uhr vormitags gehalten.
- Zu dem im südlichen Museum zu Nordhausen befind-
lichen sogenannten codex Fabriciorum, einer höchst interessanten

